

Frank Rührer Rudolphe

Eine Milliarde für Deponie-Sanierung

Hannover fürchtet Kosten in Mönchehagen

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 29. Dezember. Eine gründliche Sanierung der undichten Giftmüll-Deponie Mönchehagen im niedersächsischen Landkreis Nienburg wird voraussichtlich weit über eine Milliarde Mark kosten, wie ein Sprecher des Umweltministeriums in einem Gespräch mit der FR bestätigte. Die 1983 stillgelegte Deponie, in der neben anderen hochgiftigen Abfällen auch große Mengen Dioxin lagern, war in den 70er Jahren rechtswidrig errichtet worden, wie das Verwaltungsgericht Hannover Anfang Dezember feststellte. Daher wurde das Land verpflichtet, die Folgen der für nichtig erklärten Genehmigungen zu beseitigen.

Die Gesamtmenge der in die Mönchehagener Gruben gekippten Chemie-Abfälle aus dem In- und Ausland wird auf 400 000 bis 500 000 Kubikmeter geschätzt. Nach heutigen Preisen rechnet das Umweltministerium in Hannover allein für das „Ausköffern“ (Ausräumen) der Deponie und die Verbrennung der Abfälle mit 2000 Mark je Kubikmeter, sagte der Sprecher des Ministeriums am Donnerstag der FR. Da eine solche Beseitigung der Giftstoffe, von denen schon kleinste Bruchteile eines Gramms tödlich wirken, kurzfristig nicht möglich ist, müssen zuvor aufwendige Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Der umweltpolitische

Sprecher der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Friedrich-Theodor Hruska, schlug vor, die Deponie künstlich zu vereisen, um auf diese Weise zu verhindern, daß weiterhin Gift ins Grundwasser eindringt.

Im Hinblick auf die gewaltigen Kosten erwägt das Umweltministerium jedoch, gegen das Verwaltungsgerichtsurteil, dessen schriftliche Begründung noch nicht vorliegt, Berufung einzulegen. Außerdem verwies der Sprecher auf einzelne Gutachter, die eine Ausköffnung für nicht realisierbar halten, weil die damit beschäftigten Arbeiter auch bei noch so

(Fortsetzung auf Seite 2)

Eine Milliarde Mark für Deponie-Sanierung

(Fortsetzung von Seite 1)

aufwendigen Vorkehrungen zu großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt wären.

Der langjährige Landwirtschaftsminister Gerhard Glup (CDU), der damals auch für Umweltschutz und Giftmüllbeseitigung zuständig war, hatte jahrelang bestritten, daß von der Deponie irgendwelche Gefahren ausgehen könnten; verhärmlosend verglich er sie mit einem Kuhfladen. Als erstmals dioxinhaltiges Öl austrat, unterstellte er „militanten Umweltschützern“, das Gift von außen aufs Deponiegelände gebracht zu haben. Inzwischen hat sich bestätigt, daß die örtlichen Umweltschutz-Bürgerinitiativen, denen im Genehmigungsverfahren jede Mitwirkung verweigert worden war, mit ihren frühzeitigen Warnungen vor der Wasserdurchlässigkeit des angeblich dichten Ton-Bodens recht hatten. Die Behörden hatten die Genehmigungen ohne Planfeststellungsverfahren erteilt.

Am Donnerstag stellten die Bürgerinitiativen gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und den Grünen ein eigenes Sanierungskonzept vor. Danach soll ein Bauwerk errichtet werden, in dem der Giftmüll langfristig sicher gelagert werden könnte; besondere Vorkehrungen wären nötig, um ein Austreten von Feuchtigkeit oder Gas zu verhindern. Das Bau-

werk soll von allen Seiten kontrollierbar und reparierbar sein. Der Müll soll so gelagert werden, daß eine spätere Aufarbeitung, wenn sie sich als sinnvoll und machbar erweisen sollte, nicht ausgeschlossen wäre.

Von den Behörden forderten die Umweltschützer, daß sie innerhalb von zwölf Monaten „unter Hinzuziehung des international verfügbaren Sachverständes“ einen Sanierungsplan aufstellen, der Grundlage für das sich anschließende Planfeststellungsverfahren sein soll. Dem Konzept der Umweltschützer stimmte auch der Bürgermeister der Gemeinde Rehburg-Loccum, Hans Elbers, am Donnerstag zu. Mönchengladbach ist ein Ortsteil dieser Gemeinde. Die örtlichen Sprecher bestätigten vor Journalisten ausdrücklich, daß sie das Mönchengladbacher Deponiegelände als Standort für das vorgeschlagene neue Giftmüll-Lager akzeptieren würden.

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Hans Mönninghoff, erklärte, für die Lagerung in einem oberirdischen Bauwerk sei die notwendige Technik ausgereift, für eine Verbrennung dagegen bisher nicht. Die Bürgerinitiativen kündigten an, daß sie sich dem Bau einer Verbrennungsanlage widersetzen würden.

Vor einigen Monaten hatte die Landes-

regierung 45 Millionen Mark für ein Sicherungsprogramm bewilligt, mit dem das Austreten von Giften aus der Deponie verhindert werden sollte. Die Pläne sehen vor, rings um die Deponie 15 Meter tiefe Betonwände zu bauen und das Grundwasser abzusenken. Im Planungs- und Vorbereitungsstadium wurden aber bisher schon rund 20 Millionen Mark verbraucht. Inzwischen veranschlagt das Ministerium die Kosten dieses Programms, das nicht vor 1992 abgeschlossen sein kann, auf 70 Millionen Mark. Im November erhielt das ganze Projekt einen schweren Schlag, als sich bei Bohrungen herausstellte, daß nicht nur das seitliche Erdreich, sondern vor allem der bis dahin für völlig dicht gehaltene Untergrund wasserdurchlässig ist; es reicht also nicht aus, die Deponie bloß seitlich abzudichten.

Ein zweiter Schlag folgte mit dem Verwaltungsgerichtsurteil vom 5. Dezember, wonach auch dieses Sicherungsprogramm „nicht den rechtlichen Maßstäben“ entspricht, weil es wiederum ohne Planfeststellungsverfahren beschlossen wurde. Dennoch ließ das Ministerium die Arbeiten bisher nicht stoppen.

Die Giftmülldeponie wurde von einer Firma betrieben, die zum Frankfurter Rütgers-Konzern gehörte.

(Siehe Seite 3)